

RzF - 9 - zu § 21 Abs. 2 FlurbG

- 1. Es fehlt am erforderlichen Anordnungsgrund für eine einstweilige Anordnung, wenn der Antragsteller erkennbare, die Selbstkontrolle der Teilnehmergeinschaft (hinsichtlich der Wahlberechtigung) in Frage stellende Mängel in der Wahlversammlung rügen kann.**
- 2. Eine Begrenzung der Bevollmächtigung (für Vorstandswahl) auf Teilnehmer sieht das Gesetz nicht vor.**
- 3. Ein am Flurbereinigungsverfahren Beteiligter hat auch dann nur eine Stimme, wenn er zugleich nichteigenen Besitz vertritt.**
- 4. Das Flurbereinigungsgesetz schreibt keine nichtöffentliche Wahl vor.**

VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 24.11.2010 - 7 S 2638/10

Aus den Gründen:

Der sinngemäß gestellte Antrag des Antragstellers, dem Antragsgegner im Wege einer einstweiligen Anordnung aufzugeben, den Termin zur Wahl des Vorstands der Teilnehmergeinschaft der Flurbereinigung xxxxxx am 24.11.2010 wieder aufzuheben, zu dem das Landratsamt Oxxxxxxxxxxx, Geschäftsbereich Flurneuordnung und Landentwicklung - Flurbereinigungsbehörde-, am 15.10.2010 geladen hatte, bleibt ohne Erfolg.

Nach §§ 138 Abs. 1 Satz 2 FlurbG, 123 Abs. 1 Satz 1 VwGO kann das Gericht der Hauptsache auch schon vor Klageerhebung eine einstweilige Anordnung in Bezug auf den Streitgegenstand treffen, wenn die Gefahr besteht, dass durch eine Veränderung des bestehenden Zustandes die Verwirklichung eines Rechts des Antragstellers vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte (sog. Sicherungsanordnung).

Vorliegend fehlt es bereits an dem erforderlichen Anordnungsgrund, da es dem Antragsteller unbenommen bleibt, erkennbare, die Selbstkontrolle der Teilnehmergeinschaft (hinsichtlich der Wahlberechtigung) in Frage stellende Mängel in der Wahlversammlung am 24.11.2010 zu rügen (vgl. VGH Bad.-Württ., Ur. v. 19.09.1985 - 7 S 2935/83 - <= RzF - 6 - zu § 21 Abs. 2 FlurbG>) und nicht zu erkennen ist, inwiefern der Flurbereinigungsbehörde bereits bei der Wahlvorbereitung ein Verfahrensmangel unterlaufen wäre, der eine effektive Selbstkontrolle im Wahltermin verhinderte oder zumindest erschwerte (vgl. VGH Bad.-Württ., Ur. v. 19.09.1985, a.a.O. <= RzF - 6 - zu § 21 Abs. 2 FlurbG>).

Soweit der Antragsteller solches daraus herzuleiten sucht, dass mit dem ab 15.10.2010 ausgelegten, von der stellvertretenden Leiterin des Geschäftsbereichs Flurneuordnung und Landentwicklung am 01.10.2010 unterschriebenen Satzungsentwurf der Eindruck erweckt werde, dass dieser für die Teilnehmergemeinschaft bindend sei, geht dies fehl. Abgesehen davon, dass - ggf. auf Anregung des Antragstellers - im Wahltermin von der die Vorstandswahl leitenden Flurbereinigungsbehörde (vgl. § 21 Abs. 2 FlurbG) klarstellend darauf hingewiesen werden kann, dass der Entwurf erst wirksam wird, wenn er - ggf. mit aus der Versammlung gewünschten Änderungen - auch so beschlossen wird (vgl. § 18 Abs. 3 FlurbG), geht sowohl aus der Ladung (am Ende) wie auch dem Satzungsentwurf selbst zweifelsfrei hervor, dass es sich einstweilen um einen bloßen -

von der Flurbereinigungsbehörde vorbereiteten und zu verantwortenden (und insofern unterschriebenen) - Entwurf handeln sollte.

Inwiefern schließlich aufgrund der in Nr. 5 der Ladung zur möglichen Bevollmächtigung gegebenen Hinweise, insbesondere darauf, dass auch der Bevollmächtigte, auch wenn er selbst zugleich Teilnehmer ist oder mehrere Teilnehmer vertritt, ebenfalls nur eine Stimme habe (vgl. § 21 Abs. 3 Satz 2 FlurbG), die Gefahr für eine den wirklichen Willen der berechtigten Teilnehmer verfälschende Wahl bestehen sollte, weil auch „Nichtbeteiligte“ bevollmächtigt werden könnten, ist nicht zu erkennen. Denn eine Begrenzung der Bevollmächtigung auf Teilnehmer sieht das Gesetz nicht vor. Auch hat die Flurbereinigungsbehörde, was die Selbstkontrolle indes erleichterte, in Nr. 4 der öffentlich bekannt gemachten Ladung bestimmt, dass sich Bevollmächtigte durch eine (auf den entsprechenden Teilnehmer zurückführende) Vollmacht auszuweisen haben. Soweit der Antragsteller im Anschluss an sein Schreiben an die Flurbereinigungsbehörde vom 29.10.2010 möglicherweise noch hat rügen wollen, dass der in Nr. 5 enthaltene Hinweis auch im Hinblick auf Nr. 4 „missverständlich“ sei, ginge dies ebenso fehl. Denn entgegen seiner Auffassung hat ein am Flurbereinigungsverfahren Beteiligter auch dann nur eine Stimme, wenn er zugleich nichteigenen Besitz vertritt (vgl. VGH Bad.-Württ., Beschl. v. 24.02.1986 - 7 S 45/86 - <= RzF - 3 - zu § 21 Abs. 3 FlurbG>; BayVGH, Urt. v. 23.02.1966 - 152, 155 VII 65 -, RdL 1966, 194 <= RzF - 1 - zu § 21 Abs. 2 FlurbG>). Auch der Einwand des Antragstellers, mit der auf „sonstige Interessierte“ erstreckten Ladung werde die der Teilnehmergeinschaft obliegende Selbstkontrolle erschwert, rechtfertigt keine andere Beurteilung. Denn das Flurbereinigungsgesetz schreibt keine nichtöffentliche Wahl vor. Darauf, dass gleichwohl nur die Teilnehmer wahlberechtigt sind (vgl. §§ 21 Abs. 3 Satz 1, 10 Nr. 1 FlurbG), wurde schließlich in Nr. 4 der öffentlich bekanntgemachten Ladung ausdrücklich hingewiesen. Sollte aus anderen, in der Wahlversammlung nicht erkennbaren und behebbaren Mängeln eine gesetzeswidrige Verfälschung des Wählerwillens in Betracht zu ziehen sein, stünde es dem Antragsteller schließlich frei, nachträglich Klage auf Feststellung der Ungültigkeit der Vorstandswahl zu erheben (vgl. VGH Bad.-Württ., Urt. v. 19.09.1985, a.a.O.; Schwantag/Wingert, FlurbG 8. A. 2008, § 21 Rn. 6).